

# Stenographisches Protokoll

über die

34. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 27. September 1907.

## Inhalt:

Petitionen.

Auflage.

Begründung des Antrages der Abgeordneten Dr. Schacherl und Refel betreffs Lohnerhöhung und Pensionszuficherung für die Wegeinräumer der Bezirksstraßen in Steiermark. (Beilage Nr. 266. — Zuweisung an den Finanz-Ausschuß.)

Begründung des Antrages der Abgeordneten Gröbhwang und Genossen, betreffend die Erhebung der Bahnhof-Zufahrtsstraße in Gröbming aus der Kategorie der Bezirksstraßen II. Klasse in die Kategorie der Bezirksstraßen I. Klasse. (Beilage Nr. 269. — Zuweisung an den Landeskultur-Ausschuß.)

Begründung des Antrages der Abgeordneten Berger und Genossen, betreffs Gewährung von Noistandsunterstützungen für die in der Gemeinde St. Kathrein am Offenegg im politischen Bezirke Weiz durch Hagelschlag und Hochwasser betroffenen Grundbesitzer. (Beilage 270. — Zuweisung an den Finanz-Ausschuß.)

Begründung des Antrages der Abgeordneten Bastian, Stiger und Genossen wegen Erbauung einer Bahn von Marburg nach Wies. (Beilage Nr. 271. — Zuweisung an den Eisenbahn-Ausschuß.)

Zuweisung von Vorlagen des Landes-Ausschusses, und zwar:

1. Des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Flußverhältnisse der Gemeinde Murdorf, Bezirk Judenburg. (Beilage Nr. 275)

an den Landeskultur-Ausschuß;

2. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, mit welchem grundsätzliche Bestimmungen für die öffentliche Wasserleitung in der Marktgemeinde St. Gallen erlassen werden. (Beilage Nr. 276)

an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 229, betreffend die Gewährung einer Gnadengabe an die Witwe nach dem verstorbenen Hausknechtler des allgemeinen Krankenhauses Anton Gollob. (Annahme des Antrages des Finanz-Ausschusses.)

Mündlicher Bericht des Unterrichts-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 71, über die Petition der Bezirksvertretung Nussee um Errichtung einer dreiklassigen Bürgerschule für Knaben im Markte Nussee. (Annahme des Antrages des Unterrichts-Ausschusses.)

Bericht und Anträge des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten über Petitionen.

Interpellation der Abgeordneten Bošnjak und Genossen an den Statthalter, betreffend die Forstwirtschaft am Bachergebirge.

Antrag der Abgeordneten Dr. Schacherl und Refel betreffs Lohnerhöhung und sonstige Wünsche der landwirtschaftlichen Forstarbeiter.

Antrag der Abgeordneten Kočevar, Dr. Ploj und Genossen, betreffend Drauferschutzbauten in den Gemeinden Obrisch und Grabendorf.

Beginn der Sitzung 10 Uhr 15 Minuten vormittags.

Vorsitzender: Landeshauptmann Erzellenz Edmund Graf Attems.

Schriftführer: Die Abgeordneten Emil Sedlaczek und Emil Kunz.

Von Seiten der Regierung anwesend Seine Excellenz Statthalter Manfred Graf Clary und Altdringen.

**Landeshauptmann:** Das Haus ist beschlußfähig; ich erkläre daher die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist aufgegeben, Einwendung wurde gegen dasselbe keine erhoben und erkläre ich es somit für genehmigt.

Von den eingelangten Petitionen beantrage ich, dem Finanz-Ausschusse zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 442, des Franz X. Forster, Schuldirektors in Kleinstätten, um Dienstzeiteinrechnung für die Pension. (Überreicht durch Abg. Freiherrn v. Moscon.)“

„Petition Nr. 444, von acht Lehrern, welche den Kurs zur Heranbildung von Zeichenlehrern für gewerbliche Fortbildungsschulen in Graz besuchen, um eine Unterstützung. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wellenhof.)“

„Petition Nr. 445, des Josef Gränig, def. Lehrers und Schulleiters in Modriach, um Dienstzeiteinrechnung. (Überreicht durch Abg. Rathausky.)“

„Petition Nr. 446, des Zentralverbandes von handwerksmäßigen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für die Alpenländer, um einen Gründungsbeitrag. (Überreicht durch Abg. Sutter.)“

„Petition Nr. 447, der Leitung des Siebener-Ausschusses der steierm. Gewerbetreibenden in Graz, um Erhöhung der Subvention pro 1908. (Überreicht durch Abg. Fürst.)“

„Petition Nr. 449, des Viktor Höttschl, Oberlehrers an der deutschen Volksschule in St. Egydi in W.-B., um Dienstzeiteinrechnung. (Überreicht durch Abg. Wastian.)“

„Petition Nr. 450, des Schüler-Unterstützungsvereines an der k. k. Staatsgewerbeschule in Graz, um einen Unterstützungsbeitrag. (Überreicht durch Abg. Stallner.)“

„Petition Nr. 451, der Fachlehrer an den Landes-Bürger Schulen, um Dienstzeiteinrechnung. (Überreicht durch Abg. Einspinner.)“

„Petition Nr. 452, des Hans Trunk, Bürger Schuldirektors i. R., um eine Zulage zu seinem Ruhegehalte. (Überreicht durch Abg. Grafen Stürgkh.)“

„Petition Nr. 453, des Karl Josef Vogner, prob. Lehrers i. R. in Graz, um Erhöhung seiner Gnadenpension. (Überreicht durch Abg. Grafen Stürgkh.)“

„Petition Nr. 454, des Anton Dampfhofer, Amtsdieners im Expedite, um Einrechnung seiner Militärdienstzeit in die Pension. (Überreicht durch Abg. Einspinner.)“

„Petition Nr. 456, der Hilfsbeamten der Landes-Irrenanstalt Feldhof bei Graz, um Regulierung ihrer Dienst-beziehungswise Gehaltsverhältnisse. (Überreicht durch Abg. Einspinner.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangende Petition beantrage ich dem Landeskultur-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 455, der Bewohner der Gemeinde St. Johann i. S., um Übernahme des Gemeindegeweges Unterhaag—St. Johann im Saggautale als Bezirksstraße. (Überreicht durch Abg. Frank.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheint diese Petition als dem Landeskultur-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangende Petition beantrage ich dem Eisenbahn-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 443, von 24 Gemeinden des politischen Bezirkes Hartberg, um Subventionierung des Detailprojektes und moralische und finanzielle Unterstützung des Baues der Bahnstrecke Gleisdorf—Hartberg. (Überreicht durch Abg. Gerlich.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheint diese Petition als dem Eisenbahn-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangende Petition beantrage ich dem Petitions-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 448, der Maria Eckel, steierm. landschaftl. Obereinnehmeramts-Liquidatur-Adjunktensweise, Graz, Friedhofgasse Nr. 6, um Erhöhung ihrer Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Freiherrn von Moscon.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheint diese Petition als dem Petitions-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Aufgelegt wurde heute:

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gehaltsregulierung des Dr. Adalbert Buch-

berger, Primararzt der Landes-Irrensteinanstalt Schwanberg, sowie des Wilhelm Michel, Direktors, und des Josef Greiner, Tierarzt und Lehrers der Landes-Hufbeschlagslehr- und Tierheilanstalt in Graz. (Beilage Nr. 280.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über eine Abänderung des für die Verwendung des 14 Millionen Kronen-Anlehens der Stadt Graz aufgestellten Bauprogrammes. (Beilage Nr. 281.)

Antrag der Abgeordneten Schoiswohl, Hagenhofer, Kokitansky und Genossen, betreffend die Schaffung eines Alpenschutzgesetzes. (Beilage Nr. 282.)

Bericht des Landeskultur-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 232, mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Verbauung des Lorenzenbaches bei Trieben. (Beilage Nr. 283.)

Bericht des Landeskultur-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 233, mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Verbauung des Einachbaches im Bezirke Murau. (Beilage Nr. 284.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses betreffend die Umänderung und Vergrößerung der Anstaltsküche im Hauptgebäude der Landes-Irrenanstalt Feldhof. (Beilage Nr. 285.)

Antrag der Abgeordneten Einspinner und Genossen, betreffend die Schaustellung des steirischen Herzogshutes im Landesmuseum. (Beilage Nr. 286.)

Antrag der Abgeordneten Burger und Genossen betreffend die notwendige Unterstützung der durch Hochwasser schwer geschädigten Grund- und Hausbesitzer im politischen Bezirke Leoben. (Beilage Nr. 287.)

Antrag der Abgeordneten Zedlacher und Genossen, betreffend die Besteuerung der Automobile. (Beilage Nr. 288.)

Das Petitionsverzeichnis Nr. 54, enthaltend die Anträge des Finanz-Ausschusses über die ihm zugewiesenen Petitionen Nr. 432, 370 und 427.

Das Petitionsverzeichnis Nr. 55, enthaltend den Antrag des Landeskultur-Ausschusses über die ihm zugewiesene Petition Nr. 337.

Wir gehen nunmehr zur Tagesordnung über:

Der erste Gegenstand derselben ist die Begründung des Antrages der Abgeordneten Dr. Schacherl und Resel betreffs Lohnerhöhung und Pensionszusicherung für die Wegeinräumer der Bezirksstraßen in Steiermark.

(Beilage Nr. 266.)

Ich erteile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

Abg. **Dr. Schacherl** (U. B. Leoben): Hoher Landtag! Die Arbeiterkategorie, um die es sich heute handelt, steht zwar nicht im Dienste des Landes, trotzdem aber hat unserer Ansicht nach das Land und als Vertretung desselben, der Landtag, die Pflicht und das Recht, sich ihrer anzunehmen. Es handelt sich um die Straßeneinräumer bei den Bezirksstraßen. Das Land hat seit dem Jahre 1871 viele, viele Millionen an Subventionen für die Erhaltung der Bezirksstraßen bezahlt. Jedes Jahr beträgt die Subvention, die für die Bezirksstraßen bezahlt wird, ungefähr eine halbe Million. Daraus ergibt sich unserer Ansicht nach die Verpflichtung des Landes, sich auch um die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter zu kümmern, die bei diesen Bezirksstraßen verwendet werden. Es ist dies eine sozialpolitische Pflicht und es ist auch andererseits im Interesse des Landes gelegen, weil bekanntlich schlecht gezahlte Arbeit oft auch schlechte Arbeit ist. Diese Berechtigung und Pflicht, sich um die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Straßeneinräumer für die Bezirksstraßen, die den Bezirksvertretungen unterstehen, zu kümmern, hat der Landtag wiederholt anerkannt. Es hat der Landtag seinerzeit im Jahre 1870 einen Beschluß betreffs der Straßeneinräumer gefaßt. Es wurde damals beschlossen, daß es den Straßeneinräumern nicht gestattet sei, neben ihrer Beschäftigung als Straßeneinräumer sich noch andere Verdienste zu verschaffen. Dieses Verbot allein konnte nicht genügen. Es hat der Landtag im Jahre 1872 bereits beschlossen, daß die Bezüge der Wegeinräumer so zu bemessen seien, daß sie nicht genötigt sind, einen anderen Nebenwerb zu suchen. Im Jahre 1877, wo der Landtag beschlossen hat, ein Drittel der Straßeneinräumerlöhnung auf sein Konto zu übernehmen, wurde der Beschluß gefaßt, daß der Jahreslohn, den die Bezirksvertretungen festzustellen haben, in der Regel für Obersteiermark 300 fl., für Mittelsteiermark 240 fl. und für Untersteiermark 216 fl. betragen soll. Es wurde also bereits im Jahre 1877 das Recht des Landtages, den Bezirksvertretungen bestimmte Löhne für Straßeneinräumer vorzuschreiben, festgestellt.

Nun muß heute konstatiert werden, daß dieser Beschluß, diese Festsetzung des Jahreslohnes, nicht durchgeführt wurde. Während schon im Jahre 1877 für Obersteiermark ein Monatslohn von 50 K festgesetzt wurde, wird heute dem Straßeneinräumer kein Monatslohn von 50 K sondern von 40 K bezahlt. Seit dem Jahre 1877 sind die Lebensmittelpreise ganz gewaltig in die Höhe gegangen; wenn für die damalige Zeit ein Monatslohn von 50 K für angemessen gefunden wurde, so wird der hohe Landtag zugeben müssen, daß man mit einem gerin-

geren Lohne heute nicht leben kann. Und trotzdem ist der Beschluß aufrecht geblieben, daß der Straßeneinräumer eine Nebenbeschäftigung nicht suchen darf, daß es ihm strenge verboten ist, sich nach einem Nebenverdienst umzusehen. Ich frage, ob ein Mensch mit 40 K heute imstande ist, zu leben? Die Arbeit, die sie verrichten müssen, ist keine leichte, sie sind allen Witterungsverhältnissen ausgesetzt, müssen im Schnee, bei Schneeverwehungen arbeiten, bei Tag und Nacht, Sonn- und Feiertags, müssen zu jeder Stunde bereit sein; bei Überschwemmungen, bei Elementarereignissen müssen sie außer ihrer langen Dienstzeit noch jeden Augenblick bereit sein, einzugreifen. Sie haben auch sonst eine ganze Masse von Verpflichtungen und Arbeiten zu erfüllen und dabei sind diese den verschiedenen Witterungsverhältnissen ausgesetzten Menschen bei keiner Krankenkasse versichert, so daß sie im Falle der Erkrankung keinen Arzt, keine Medikamente und kein Krankengeld bekommen. Auch haben diese Personen keinerlei Anspruch — und das ist ganz ausdrücklich in ihrer Instruktion enthalten — auf eine Pension, Provision oder auf eine welchen Namen immer habende Altersversorgung. Sie können jeden Augenblick entlassen werden, es liegt einfach im Belieben des Bezirks-Ausschusses. Und wenn sie entlassen werden, so haben sie keine Altersversorgung, und wenn sie nicht mehr arbeiten können, steht ihnen das Loß bevor, auf die Straße geworfen zu werden oder der sogenannten Armenversorgung in der Gemeinde anheim zu fallen.

Wir glauben deshalb, daß der Landtag, der jährlich eine halbe Million Kronen an Subventionen für die Erhaltung der Bezirksstraßen bezahlt, der ein Drittel der Kosten der Wegeinräumer bezahlt, die Pflicht hat, sich um das Wohl und Wehe dieser Arbeiterkategorie zu kümmern und deshalb haben wir den Antrag eingebracht, es möge der Landtag an die weitere Auszahlung der Subventionen für die Erhaltung der Bezirksstraßen die Bedingungen knüpfen, daß der Lohn des Straßeneinräumers mindestens 60 K betragen muß, daß er von seinem Arbeitsgeber, also der Bezirksvertretung, gegen Krankheit versichert wird und daß er eine, nach der Länge der Dienstzeit abgestufte Pension bei Alter, Siechtum oder Unfall erhält.

Ich ersuche das hohe Haus, diesem Antrage seine Unterstützung zuteil werden zu lassen und beantrage die Zuweisung des Antrages an den Finanz-Ausschuß.

**Landeshauptmann:** Ich habe zuerst die Unterstützungsfrage zu stellen und ersuche jene Herren, welche den von den Herrn Abg. Dr. Schacherl und Ressel

gestellten Antrag unterstützen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist genügend unterstützt.

(Die Zuweisung des Antrages an den Finanz-Ausschuß wird beschlossen.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

**Begründung des Antrages der Abgeordneten Größwang und Genossen, betreffend die Erhebung der Bahnhofzufahrtsstraße in Gröbming aus der Kategorie der Bezirksstraßen II. Klasse in die Kategorie I. Klasse.**  
(Beilage Nr. 269.)

Ich erteile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

Abg. **Größwang** (M.-G. Liezen): Hoher Landtag! Der Bezirks-Ausschuß Gröbming strebt schon seit längerer Zeit die Erhebung der Bahnhofzufahrtsstraße vom Markte Gröbming zum Bahnhofs zur Bezirksstraße I. Klasse an. Dieselbe befindet sich bis zum heutigen Tage in der Kategorie der Bezirksstraßen II. Klasse. Der Bezirk Gröbming ist ohnehin mit Bezirksumlagen, gerade mit Straßenbezirksumlagen außerordentlich schwer belastet; er hat 61  $\frac{3}{10}$  km Bezirksstraßen II. Klasse und 19  $\frac{1}{4}$  km Bezirksstraßen I. Klasse zu erhalten und gerade diese Bahnhofzufahrtsstraße nach Gröbming wäre von außerordentlicher Wichtigkeit und Bedeutung und es ist daher im Interesse des Bezirkes dringend gelegen, daß diese Bezirksstraße II. Klasse zur Bezirksstraße I. Klasse erhoben wird.

Ich muß hier bei dieser Gelegenheit, nachdem gerade der geehrte Herr Vorredner Abg. Dr. Schacherl die Angelegenheit der Straßeneinräumer bei den Bezirken auch berührt hat, wohl sagen, daß gerade die obersteirischen Bezirke Liezen, Gröbming und Kottenmann und alle diese Bezirksvertretungen unglaublich mit Straßenlasten überhäuft sind. Gerade diese Bezirke, die da oben so wenig Industrie haben, zahlen im Verhältnisse zu anderen Bezirken, so z. B. zur Bezirksvertretung Leoben, die vielleicht 1 bis 2 Prozent von Straßenauslagen hat, 60, 70 bis 80 Prozent der Bezirksumlagen für Straßenauslagen. Meine Herren! Ich stimme dem Antrage des Herrn Dr. Schacherl recht gerne zu, daß die Gehalte der Wegeinräumer bei den Bezirksstraßen reguliert werden sollen; aber heute die Bezirke zu zwingen, daß sie das wieder aus ihren eigenen Taschen zahlen sollen, finde ich für eine außerordentlich ungerechte Sache.

**Landeshauptmann** (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, wir werden über den Antrag des Herrn Abg.

Dr. Schacherl, wenn derselbe vom Finanz-Ausschusse zurückkommt, debattieren; heute bitte ich Sie, mit der Begründung Ihres Antrages sich zu befassen.

Abg. **Größwang** (fortfahrend): Ich hätte mir erlaubt, die Sache jetzt im kurzen Wege abzutun. (Abg. Dr. Schacherl: „So kurz wird das nicht abgetan werden.“)

**Landeshauptmann** (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, ich kann über den Antrag des Herrn Abg. Dr. Schacherl jetzt weitere Debatten nicht zulassen.

Abg. **Größwang** (fortfahrend): Also punkto der Bahnhofzufahrtsstraße in Gröbming möchte ich nur in formaler Beziehung den Antrag stellen, daß mein Antrag auf Erhebung der Zufahrtsstraße vom Bahnhofe in den Markt Gröbming zur Bezirksstraße I. Klasse dem Landeskultur-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen werde.

(Die Zuweisung des Antrages an den Landes-kultur-Ausschuß wird beschloffen.)

**Landeshauptmann**: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

**Begründung des Antrages der Abgeordneten Berger und Genossen betreffs Gewährung von Notstandsunterstützungen für die in der Gemeinde St. Kathrein am Offenegg im politischen Bezirke Weiz durch Hagelschlag und Hochwasser betroffenen Grundbesitzer.**

(Beilage Nr. 270.)

Ich erteile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

Abg. **Berger** (L. u. G. Weiz): Hoher Landtag! Am 15. September d. J. war in der Gemeinde St. Kathrein am Offenegg ein derartiges Hagelwetter niedergegangen, daß die Gemeinde, welche schon durch mehrere Jahre hindurch viel durch Hagelwetter und Wolkenbrüche zu leiden hatte, nunmehr wieder sehr stark heimgesucht worden ist. Ich glaube, meine Herren, daß dieser mein Antrag bereits seine Begründung im Antrage selbst gefunden hat und daß die meisten der Herren Abgeordneten diese Begründung gelesen haben werden.

Ich kann daher auf eine längere mündliche Begründung wohl verzichten und stelle deshalb nur in formeller Beziehung den Antrag, daß dieser Antrag dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen werden möge.

(Die Zuweisung des Antrages an den Finanz-Ausschuß wird beschloffen.)

**Landeshauptmann**: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

**Begründung des Antrages der Abgeordneten Wastian, Stiger und Genossen wegen Erbauung einer Bahn von Marburg nach Wies.**

(Beilage Nr. 271.)

Ich erteile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

Abg. **Wastian** (St.-G. Marburg): Meine sehr verehrten Herren! Einen Tag vor der jüngst verwichenen Eröffnung dieses hohen Hauses, am Sonntage vor dem Beginne der gegenwärtigen Sitzungenreihe, hat in Deutschach ein gut besuchter Eisenbahntag zugunsten des vielbekrittelten und vielumstrittenen Projektes Marburg—Wies stattgefunden, und bei dieser Versammlung haben alle Teilnehmer sich weidlich davon überzeugen können, daß die Anhänger des Bahnbaues durchaus nicht geneigt und gewillt sind, sich mit der an Deutschen so gewohnten Abstraktionskraft unter Ergebungsseufzern in das Nebelheim der Ungewißheit zurückzuziehen und dermaßen von der Betreibung ihres Lieblingsgedankens, den sie seit Jahr und Tag unter vielfachen Opfern aufrecht erhalten haben, abzustehen. Die guten Leute wissen es, daß des Menschen Wille sein Himmelreich, seine Unentschlossenheit seine Hölle ist, und nun wollen sie sich natürlich in dieser Frage auf eine Politik des Risinet nicht mehr einlassen, sondern drängen nach etwas Abschließendem, Festem. Bei der Deutschacher Tagung ist eine Entschliebung gefaßt worden, die in dem bestimmten Verlangen gipfelt, der Herr Kollege Stiger und ich mögen noch in dieser Session einen Initiativantrag auf Bewilligung von einer Million Kronen in Stammaktien dem hohen Landtage vorlegen. Diesen Antrag, meine verehrten Herren, haben also der Herr Kollege Stiger und ich im Einvernehmen mit einigen anderen Abgeordneten, die durch ihre Wählerschaft an dem Bahnprojekte beteiligt sein müssen, überreicht, und ich werde nun darangehen, einiges zur Begründung der von mir in diesem hohen Hause übrigens schon des öfteren eingehender erörterten verkehrspolitischen Angelegenheit vorzubringen.

Wenn man an die Marburg—Wieser Bahn denkt, meine Herren, so läßt der Kinematograph der Erinnerung eine Reihe nicht gerade freundlicher Bilder erscheinen. Man kann es nach meinem Dafürhalten — und ich glaube, Ihr Gerechtigkeitsgefühl wird mir beipflichten müssen — den Vorkämpfern des Projektes, über deren Hoffnungen manch herber Reif schlimmer Enttäuschung hinweggegangen ist, wirklich nicht ganz verübeln und verargen, daß sie ihre vom besten Willen beseelten und durch aufmunternden Zuspruch von maßgebender Stelle — und darauf lege ich einen besonderen Akzent — stets neuerlich gestärkten,

ohnehin von temperamentvollem Sehnen erfüllten Gemütern nach gehaltloser Hinhalterei schließlich in Unmutgewittern entladen. Übrigens galt im öffentlichen Leben längst, ehe noch der Terrorismus der Brüderlichkeit an der Massenpsyche rüttelte, das schöne Schnadahüpfel: „Wann sih oana duckt, — Aft wird a druckt, — Erst wann a sih rekt, — Dann ham i' Respekt.“ (Heiterkeit.)

Meine Herren! Die häufigen Versicherungen des abgrundtiefen Wohlwollens für das Projekt haben sich im Laufe der Jahre auch nicht zur allerkleinsten Tat verdichtet und verfestigt. Es ist immer nur mit Worten und Versprechungen großmütig hin und her geworfen worden, nie aber haben die Bittsteller die ersehnte Gelegenheit gefunden, etwas zu erfahren, was einer ernstlichen Inangriffnahme, einem ordentlichen Herantreten an das Projekt auch nur halbwegs ähnlich gesehen hätte. Nicht einmal das Nixerl in dem goldenen Büchsehl, die Vollstreckung des Beschlusses vom November 1905, hat man uns gegönnt! Alles, was wir bisher empfangen, war ein Brotkorb ohne Brot, und — verzeihen Sie, meine Herren — darin liegt gewiß eine Art von aufreizender Fopperei. Da es bekanntermaßen eine Kälte gibt, die einem heiß machen kann und die Hitze erzeugt, so haben sich bei diesem kalten Verfahren des Landes-Ausschusses die Verhandlungsbedingungen hüben und drüben sehr bedeutend erschweren müssen. Hie und da ist es so zu einem von mir gewiß aufrichtig bedauerten Übermaße polemischer Leidenschaft gekommen. Aber, wer bitter im Munde hat, kann halt nicht süß spucken.

Wenn Sie, meine Herren, die ganze Passionsgeschichte des Projektes vorurteilsfrei betrachten, wenn Sie z. B. nur das eine zu gründlicher Gedankenfolgerung herausgreifen, daß der Landes-Ausschuß die im Jahre 1905 angenommene harmlose Entschliebung, bei der Regierung wegen einer tüchtigen Mithilfe rasch vorstellig zu werden, aus Gründen, die keinesfalls stichhältig sind, einfach unerledigt im großen Protokoll-Mausoleum eingefargt ließ, dann werden Sie mir billigerweise doch zugeben, daß der hohe Seegang und die bewegte Fahrt, die hieraus mit bezwingender Notwendigkeit entspringen mußten, leicht vorauszu sehen waren und demnach auch gut begreiflich erscheinen.

Hohes Haus! Man wird in gewissen Kreisen wegen des Projektes geradezu scheelsüchtig angesehen, ja förmlich in den Verdacht gebracht, als habe sich jeder Anhänger des Schienenweges Marburg—Wies einer intellektuellen Kastration unterworfen; man läßt gerne durchblicken, es seien die Vorkämpfer des Verkehrsweges Marburg—Wies Menschen mit wenig Geschmack und noch weniger Urteil. Und doch, meine Herren, hat die Idee dieses

Bahnprojektes nichts Fabriziertes, nichts Gewaltfames und Gequältes an sich; es begehrt niemand ein sacrificio dell' intelletto, wenn er mit uns fühlt und handelt, so sehr das auch, insbesondere von jenen Leuten, die hiedurch eine unverantwortliche Gegnerschaft zu den Interessen der Stadt Graz entstanden sehen wollen, immer wieder herumgeflüstert wird. Es stützt sich beim Eisenbahnentwurfe Marburg—Wies alles auf logische Vernunftgründe, auf richtige Verstandesermägungen, auf wohlbedachte Werturteile und gute Wertgefühle. Meine Herren, die Projektanten haben jetzt alle gesetzlichen Vorbedingungen und sonstigen Erfordernisse für den Bau der Bahn erfüllt: es ist die politische Begehung bereits im Sommer des Vorjahres vor sich gegangen, es befindet sich das gänzlich fertiggestellte Detailprojekt sowie die vollständig genaue Kostenberechnung bereits im Landes-Eisenbahnministerium und wird hernach den Weg in das Eisenbahnministerium nehmen; wegen des Finanzierungsplanes ist die Berliner Firma Hermann Ba ch s t e i n mit dem Marburger Aktions-Ausschusse in bindende Beziehungen getreten. Wir haben es also durchaus nicht mit Theoremespinnern, die in Hypothesennebeln herumtappen, zu tun, sondern mit Leuten, die festen Fuß gefaßt haben und wissen, was sie reden und was sie wollen. Es liegt mir, meine verehrten Herren, wahrhaftig fern, das Feuer der Entrüstung, das in der Stadt Marburg und in den betroffenen Tälern wegen des langen Hinausschiebens der Frage ausgebrochen ist, zu schüren oder gar den von mir selber als sehr unangenehm verspürten Empfindlichkeiten noch schärferen Ausdruck zu geben. Nicht einmal den polemischen Stopfdegen wollte ich allzusehr zücken, doch muß ich hervorheben und feststellen, daß Umstände gegen das Projekt wirksam waren, die zumindest eine sehr schlimme Deutung zulassen. Manches schändes Wort und Werk, geradezu bis zum Bannfluche in der Öffentlichkeit durch die Presse, ist im Laufe der Zeit dem Projekte entgegengeworfen worden.

Bei einer dergestaltigen Sachlage ist es nun nicht zu verwundern, daß die Gemütern mitunter heftig erregt und mißtrauisch wurden, und daß sich solche böse Erfahrungen im Gedächtnisse sozusagen festgebissen haben, um späterhin mitgestaltend und mitbestimmend zu wirken. Da liegen dann eben die Erregungen mikrobengleich in der Luft und werden den beteiligten Freundschaften, Bekantschaften und Verwandtschaften bei den Fenstern in die Häuser geweht. Der von mir aufrichtig verehrte Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. L i n k hat sich neulich bitter darüber beschwert, daß er ein Opfer dieser Erregungen geworden sei. Ich muß dem Drange meines Innern folgend, offen erklären, wie herzlich leid es mir tut, daß gerade

dieser hochgeschätzte und verdienstvolle Herr Kollege, der ja die Landesfinanzen selbstverständlich verteidigen muß wie die gereizte Löwin ihr Junges, der schon infolge dessen von einer sehr erhöhten Reizbarkeit und Nervosität heimgesucht sein muß, wie leid es mir tut, daß gerade dieser verehrte Kollege zwischen der Scylla des Landesfinanzreferates und der Charybdis des Landeseisenbahnreferates auf seinem schwanken Rachen auch noch den bösen Wirbel der Marburg—Wieser Bahn vorgefunden hat. Meine Herren, die Dinge sind nun einmal so gekommen, und in der Wählerschaft urteilt man über Vieles anders als hier. Die tröstlichen Worte des Wohlwollens, die hie und da ausgesprochen worden sind, haben sich durch die Maßnahmen und durch die Haltung des Landes-Ausschusses bei den Freunden des Projektes mit anderen Salzen inkrustiert und schmecken denen nun gewaltig anders auf der Zunge, als von Ihnen beabsichtigt oder gemeint sein mag.

Meine Herren, lassen Sie nicht außeracht, daß unsereriner von der Wählerschaft auch nicht immer geliebt wird; ich erinnere Sie nur an die Eisenbahntage, an diese Batterien, die die aufgespeicherte Ungebuld aufsammlen und entladend weitergeben.

Diese Eisenbahntage sind aber den Leuten ein Bedürfnis, nicht etwa weil sie ihre Eisenbahn-Zugend als Fehlerspiegel für andere mißbrauchen wollen, sondern weil sie diese Art von Notsparkasse für die, leider so zahlreichen Fehlbeträge bei dem Inkasso ihrer Hoffnungen immer wieder folgerichtig begehren müssen; sie haben das elementare Verlangen, sich wenigstens auszusprechen und mit dem Bahngedanken voll erklecklichen Eifers näher zu beschäftigen. Meine Herren, ich möchte bitten, daß die unangenehme Seite in der Marburg—Wieser Bahnfrage mit ihren unvermeidlichen Spannungen und Reibungen bei der Beurteilung meines Antrages vergessen werde; bei näherem Zusehen sind's ja doch nur Stürme im Wasserglase, denen man eine besondere Bedeutung nicht beizumessen braucht.

Ich möchte hervorheben, daß die Projektanten durchaus nicht von einer ehrgeizig-mystischen Eisenbahnmarotte befallen sind oder als Illusionäre und Phantasten gelten dürfen, wie seinerzeit vorwurfsvoll-anlagend behauptet worden ist; sie haben ein begründetes Vertrauen in eine gute, gerechte und durchwegs förderungswerte Sache und sie haben den guten Glauben an die Wichtigkeit und Erreichbarkeit ihres schönen Zieles. Wie aller Glaube fliegt freilich auch der manchmal zu hoch und denkt nicht an die Erdschwere, an die Schwere der Wirklichkeit; aber das ist eine Sache für sich, darüber kann man reden; jedenfalls müssen die guten Gründe, die die Unter-

nehmer führen und leiten, sowie die Hauptvoraussetzung gebührend anerkannt werden, daß der Bahnbau von großartigem Werte für die Stadt Marburg nebst Umgebung und für die fruchtbaren, gut bevölkerten Gaue von St. Georgen über Leutschach, Arnfels, Oberhaag bis Wies und Gibiswald ist. Zweifellos haben diejenigen Recht, die in dem Bahnbau bei der immer drückender werdenden Lage ein gutes Instrument für den werteerschaffenden Unternehmungsgeist und eine viel bessere Absatzmöglichkeit für die reichen Naturprodukte des Pöbny-, Langen- und Saggautales erblicken. Trotz der pessimistischen Ausblicke, die der Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. Link letzthin, vor allem gestützt auf die Kohlenfrage, geboten hat, kann ich, auch wenn es sich um Kohlen handelt, doch nicht so schwarz sehen wie er. Den Mitteilungen, die ich Ihnen jüngst in einer Kritik des Eisenbahn-Ausschußberichts hinsichtlich der Glanzkohlgewerkschaft in Gibiswald und der Graz-Röflacher Eisenbahn- und Bergbau-gesellschaft machen konnte, vermochte nach meinem Ermessen der Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. Link nichts Beweiskräftiges entgegenzustellen. Wir dürfen getrost die Kohlenverfrachtung als eine unbezweifelbare Grundlage beim Aufbau der Berechnungen für die Bahn auffassen. Meine Herren, auch der verehrte Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. Link hat bei der Beurteilung des Projektes nicht immer mit dieser katonischen Strenge gesprochen, wie neulich; im Kommissionsberichte über die politische Begehung des Projektes fand ich nämlich zu meiner lebhaften Genugtuung eine Erklärung, unterzeichnet vom Herrn Dr. Link als Vertreter des Landes-Ausschusses und vom Herrn Landes-Eisenbahndirektor v. Kabcevic, in der das folgende zu Protokoll gegeben ist (liest): „Die Vertreter des steiermärkischen Landes-Ausschusses begrüßen es, daß mit der erfolgten politischen Begehung in betreff der gegenständlichen Projektionslinie ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung derselben geschehen ist.

Sie geben weiters der Überzeugung Ausdruck, daß infolge deren Ausbaues ein wesentlicher Aufschwung in wirtschaftlicher Beziehung in dem von ihr durchgezogenen Landesteile zweifellos hervorgerufen werden wird, da einerseits diese Bahn durch ihre Ausmündung im Wieser Kohlenbecken berufen sein wird, den Kohlenbezug für das Mittelland und insbesondere für die im steten Aufschwunge begriffene Stadt Marburg zu verbilligen, andererseits den Grundbesitzern in ihrem Bereiche die Möglichkeit bieten wird, ihre Produkte weiterhin zu verfrachten und zu lohnenderen Preisen zu verwerten.“

Nun, meine Herren, ich glaube unter dem Ein-

schuß-Beisitzer Dr. Link, der vorgestern den Nutzen der Bahn insonderheit für die Stadt Marburg unzweideutig bestritten hat, laut dieser mit eigenhändiger Unterschrift bekräftigten, in amtlicher Eigenschaft abgegebenen Begutachtung klar beweist, daß er erfreulicherweise auch über glücklichere und freundlichere Tage für unser Projekt verfügt, und ich möchte nur innig wünschen, daß diese schönen Tage von Aranjuez reichlicher wiederkehren.

Das Zauberwort „aus strategischen Rücksichten“, das in unserem Staate schon manchen Felsen gesprengt hat und stärker ist, als Eisen und Dynamit, wird für die Marburg—Wieser Bahn leider nicht gesprochen werden. Die Bevölkerung der in Betracht kommenden entlegenen Landstriche würde sich selbstverständlich von einem solchen Standpunkte aus rein vergeblich mühen, weil die Scholle, auf der sie hausen, für einen Ernstfall wohl nicht bestimmt erscheint. Die wackeren Leute haben halt überhaupt das Pech, im Steirerlandl und nicht in Galizien zu leben, wohin die wohlweise Regierung ihren Eisenbahnsegen so gerne zu lenken weiß.

Hoher Landtag! Die Sehnsucht der mühsam erwerbenden Schichten in wirtschaftspolitischen Dingen ist heute heftiger denn je, und wird, wie Sie, meine Herren, wohl wissen, nicht durch individuelle Ansichten und überlieferte Parteifassungen hervorgerufen und bestimmt, sondern durch die eiserne Notdurft der um die wirtschaftliche Erhaltung und Entfaltung ringenden Bevölkerung; das Leben ist ja für die hier in Rede stehenden Bewohnerschaften zunächst und vor allem ein ernstes materielles Problem.

Ich will Sie, meine Herren, nicht durch die Aneinanderreihung von Ziffern ermüden und auch nicht die Muse der Statistik auf das Streckbett der Tabellen schnüren, aber kurz verweise ich noch einmal auf die Bodenwerte und Naturschätze der Täler, welche die Bahn durchziehen soll, sowie auf die großen ergiebigen Kohlenlager um Gibiswald und Wies, ja sogar gegen Oberhaag zu, und gebe Ihnen zu bedenken, was Sie der Entwicklungskraft der zweitgrößten Stadt des Landes, Marburg, schuldig sind. Sie werden es mir als Vertreter der Stadt Marburg in dieser Körperschaft gewiß nachfühlen können, wenn ich besonders nachdruckvoll und laut meine Stimme erhebe. Ich muß beizeiten vorzubauen suchen, damit nicht Marburg durch die Radlbahn eine Verkehrsablentung und damit einen Schaden erleidet, ohne dafür einen entsprechenden Ersatz zu erlangen. Ich werde nie und nimmer die engherzige oder kurzfristige Politik einschlagen, dank derer zu unersehbarem Verluste Pragerhof und Spielfeld entstanden sind. Marburg wäre ja

infolge seiner günstigen Lage ein ganz anderer Knotenpunkt im Verkehrsneze geworden, wenn beizeiten vorgeesehen worden wäre. Jetzt, wo sich sozusagen die letzte Gelegenheit ergibt, Marburg eine verkehrspolitische Stärkung zu bringen, muß ich mit allem Aufgebote meines Könnens zum besten meiner Wähler, die an dem Projekte so wesentlich beteiligt sind, mich für den Schienenstrang nach Wies einsetzen. Da sich der hohe Landtag bereits wiederholt mit dem Gegenstande meines Antrages befaßt hat, wissen Sie ja auch, daß ich mit aller Berechtigung Ihr soziales und wirtschaftliches Mitempfinden anrufe und Sie, mit unbestreitbaren Tatsachen ausgerüstet, bitten darf, mitzuhelfen, daß diesem für das Unterland bedeutsamen Projekte endlich einmal ein fester Ankergrund gegeben werde. Im löblichen Eifer für den Welt- und Fremdenverkehr sollen und dürfen wir den davon abgeordneten Teil des örtlichen Kleinverkehrs nicht vergessen und vernachlässigen. Darin liegt bei den jetzigen Weltläufen eine soziale Gefahr, die nahe verwandt ist jener Gefahr, die aus der einseitigen Blüte des Fabrikwesens neben dem Verfall des Kleingewerbes hervorwächst.

Meine Herren, andere Projekte haben eine viel geneigtere Stimmung im Landtage gefunden; da hat man keine Kassandrarufer wegen des Schicksals der Prioritäten vernommen. Der Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. Link hat geltend gemacht, daß die Landesfinanzen gegenwärtig derartige seien, daß man in so großem Stile nicht helfen könne; die Anhänger des von mir vertretenen Bahnentwurfes erinnern sich aber immer wieder, daß man anderen Projekten gegenüber nicht den Sparmeister gespielt hat. Wir sollen uns trollen und ins Ungewisse hinein hoffen, etwa auf den St. Nimmerleinstag, der Sulmtalbahn hingegen sind reichlich Rosen gestreut worden; es waren zuerst 300.000 K beantragt und 400.000 K sind dann gegeben worden. Uns haben bisher nur die Dornen gestochen. Ich möchte frei nach Geibel ausrufen können: „Ein Dornenstrauch schließ ein zur Nacht, ein Rosenbusch ist aufgewacht, so mög's auch mir geschehen!“ (Heiterkeit). Es ist ja richtig, wer eine Last heben will, muß festen Boden unter den Füßen haben, und ein Blick auf die Landesfinanzen kann einen nur zum sauer sehenden Puritaner machen; aber, weil auch für anderes immer Geld da ist, meine ich, es könne doch die Form der Materzahlung, wie sie im Antrage vorgeesehen ist, es ermöglichen, daß man das finanzielle Gleichgewicht nicht in anhaltend störender Weise verliert. Meine Herren, ich komme zum Schlusse und bitte Sie eindringlich, helfen Sie die in der Bahnfrage Marburg - Wies gewonnenen Erfahrungsgesetze und Gefühls-



werte umzusetzen in praktische, wirtschaftliche und soziale Werte! Die Regierung wird nach allem Brauche erst dann Mittel flüssig machen, wenn das Land vorangegangen ist; um so notwendiger erscheint angeichts dessen Ihre günstige Entscheidung, meine Herren. Den Landes-Ausschuß muß ich noch ersuchen, den Staat mit aller Entschiedenheit zu einer entsprechenden Leistung zu verpflichten; hat man das Geld für die militärische Wehrmacht in einem so wahnwitzig steigenden Maße, muß man es doch vernünftigerweise noch viel eher für die wirtschaftliche Wehrkraft haben.

Hoffentlich kommt der Antrag noch in dieser Session zur Verhandlung; daran ist mir sehr viel gelegen. Die Regierung behandelt ja die Landtage so nebensächlich und ehrverlezend, daß sie ihnen kaum die Zeit zur allernotdürftigsten Beratung zugesteht; kaum sind wir ordentlich warm und arbeitsam geworden, wiehern schon die Kasse des Schwagers Kronos vor der Türe, und wir werden heimgeschickt. Manch wichtiges Werk wird solcherart verzögert und gehemmt. Möge meine Angelegenheit davor verschont bleiben! Nach so vielen Opfern und Mühen, geleistet in einer stattlichen Reihe von Jahren, während denen man schon manchen Vorberg erklimmen hat, will man doch endlich den Gipfel erreicht haben, will man doch die Zeit der Vorbereitung hinter sich gebracht und die Stunde der Erfüllung in gesicherter Form vor sich sehen.

Meine Herren, ich empfehle das Projekt Ihrer besonderen Beachtung auf das angelegentlichste und beantrage in formeller Beziehung die Zuweisung meines Antrages an den Eisenbahn-Ausschuß mit der Bitte, die Angelegenheit womöglich noch im gegenwärtigen Tagungsabschnitte zu einem gedeihlichen Abschlusse zu bringen. (Rufe: „Bravo!“)

**Landeshauptmann:** Der Antrag ist bisher nur von fünf Herren gezeichnet; nachdem er erst genügend unterstützt erscheint, wenn er von sechs Abgeordneten gezeichnet ist, so muß ich die Unterstützungsfrage stellen.

(Der Antrag wird genügend unterstützt und sohin die Zuweisung desselben an den Eisenbahn-Ausschuß beschlossen.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Flußverhältnisse der Gemeinde Murodorf, Bezirk Judenburg.**

(Beilage Nr. 275.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses von **Feyrer:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Landeskultur-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, mit welchem grundsätzliche Bestimmungen für die öffentliche Wasserleitung in der Markgemeinde St. Gallen erlassen werden.**

(Beilage Nr. 276.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses von **Feyrer:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**mündliche Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 229, betreffend die Gewährung einer Gnadengabe an die Witwe nach dem verstorbenen Hausstischler des allgemeinen Krankenhauses Anton Gollob.**

Berichterstatter ist der Herr Abg. Dr. Kofschinegg, der jedoch sein Nichterscheinen bei der heutigen Sitzung entschuldigt hat; an seiner Stelle wird der Herr Obmann des Finanz-Ausschusses der Herr Abg. Graf Stürgkh das Referat erstatten. Ich erteile ihm das Wort zur Einleitung des Gegenstandes.

Berichterstatter des Finanz-Ausschusses Graf **Stürgkh** (von der Tribüne): Ich erlaube mir zu berichten in Angelegenheit der Gewährung einer Gnadengabe an die Witwe nach dem verstorbenen Hausstischler des allgemeinen Krankenhauses Anton Gollob, Landes-Ausschuß-Beilage Nr. 229, welche dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen worden ist.

Dieser Gollob, geboren im Jahre 1843, war seit dem Jahre 1892 im allgemeinen Krankenhause als Hausstischler mit einem Monatslohn von 70 K beschäftigt.

Im Jahre 1907 ist er ohne Hinterlassung jedweden Vermögens, nachdem er bereits Ende Mai 1907 wegen vollständiger, durch seine Krankheit herbeigeführter Arbeitsunfähigkeit aus dem Dienste entlassen worden ist, verstorben. Die Witwe des Genannten, Gertrud Gollob, ist nach dem Tode ihres Mannes um eine Gnadengabe bittlich geworden, nachdem sie kein, wie immer Namen habendes Vermögen besitze, 68 Jahre alt und zu keiner Arbeit mehr fähig, daher der größten Notlage preisgegeben sei.

Der Landes-Ausschuß hat ihr provisorisch eine monatliche Gnadengabe von 20 K gewährt, hat aber an den Landtag den Antrag gestellt, daß mit Rücksicht auf die Verhältnisse dieser wirklich sehr berücksichtigungswürdigen Witwe, derselben eine jährliche Gnadengabe von 240 K auf Lebensdauer zu gewähren sei.

Der Finanz-Ausschuß hat sich dem Antrage des Landes-Ausschusses vollinhaltlich angeschlossen und ich erlaube mir daher nachstehenden Antrag zu stellen (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Witwe des Anton Gollob, ehemaligen Hausstischlers des allgemeinen Krankenhauses in Graz, Gertrud Gollob, wird eine jährliche Gnadengabe von 240 K auf Lebensdauer gewährt.“  
Ich erlaube mir zu bitten, diesem Antrage gütigst die Zustimmung angedeihen lassen zu wollen.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**mündliche Bericht des Unterrichts-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 71, über die Petition der Bezirksvertretung Aulsee um Errichtung einer dreiklassigen Bürgerschule für Knaben im Markte Aulsee.**

Berichterstatter ist der Herr Abg. von **Mayr-Melnhof**, dem ich das Wort erteile und den ich erlaube, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Unterrichts-Ausschusses von **Mayr-Melnhof** (von der Tribüne): Hohes Haus! Ich habe die Ehre, zu berichten über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 71, über die Petition der Bezirksvertretung Aulsee um Errichtung einer dreiklassigen Bürgerschule für Knaben im Markte Aulsee.

Nachdem dieser Bericht des Landes-Ausschusses schon seit der letzten Tagung, das war im Februar, dem hohen Hause bekannt ist und schon so lange aufliegt, so

nehme ich an, daß derselbe besonders jenen Herren, welche sich dafür interessieren, vollkommen bekannt ist.

Ich erlaube mir weiter zu berichten, daß der Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. Hofmann von Wellenhof über die bereits eingelangten Entscheidungen des Finanzministeriums und des oberösterreichischen Landtages selbst zu berichten wünscht und beantrage ich namens des Unterrichts-Ausschusses (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht über die Petition der Bezirksvertretung Aulsee um Errichtung einer dreiklassigen Bürgerschule für Knaben im Markte Aulsee wird zur Kenntnis genommen.“

Landes-Ausschuß-Beisitzer **Dr. Hofmann von Wellenhof:** Im Anschlusse an die Ausführungen des Herrn Berichterstatters erlaube ich mir dem hohen Hause noch einige weitere Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand dieser Angelegenheit zu machen. Es hat sich der Landes-Ausschuß sowohl an den Landes-Ausschuß von Oberösterreich als auch an das k. k. Finanzministerium in dem im Berichte angegebenen Sinne gewendet und es sind auch inzwischen die Rückäußerungen der genannten Körperschaften eingelangt. Der Landes-Ausschuß des Erzherzogtumes Österreich ob der Enns hat sich bereit erklärt, insofern an der Bürgerschule in Ischl in jedem Kurse die landesgesetzlich vorgesehene Zahl der Schüler von 50 nicht überschritten werde und unter der weiteren Voraussetzung, daß der steiermärkische Landes-Schulfond einen jährlichen Erhaltungs- und Lehrmittelbeitrag von 400 K für das Schuljahr leiste, die Aufnahme der Schüler aus Steiermark, insbesondere aus Aulsee, zuzugestehen und es werden auch die Gemeindevertretung und der Ortschulrat von Aulsee darüber benachrichtigt werden.

Weiters das k. k. Finanzministerium. Der Landes-Ausschuß hat sich bekanntlich an dieses mit der Aufforderung gewendet, sich darüber zu äußern, ob das Finanzministerium nicht einen Beitrag für die Errichtung eines Fortbildungskurses bergmännischer Richtung zu leisten geneigt sei. Der Landes-Ausschuß war der Ansicht, daß es im eigenen Interesse der Finanzverwaltung gelegen sei, daß eine solche Fortbildungsschule montanistischer Art zustande komme, weil es sich insbesondere darum handelt, für den Salinenbetrieb des Finanzärars entsprechend vorgebildete und vorbereitete Vorarbeiter, Werkführer u. s. w. heranzubilden und zu gewinnen. Das Finanzministerium hat sich aber ablehnend verhalten und hat uns seine Meinung dahin mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die bestehende Berg-

und Hütten- und Salinenverwaltung erteilten praktischen und theoretischen Zöglingunterricht ein Bedürfnis für die Errichtung der in Frage stehenden Schule nicht vorhanden sei. Ich muß dem gegenüber bemerken, daß ich nach wie vor der Anschauung bin, daß ein solches Bedürfnis vorhanden sei und ich muß insbesondere darauf verweisen, daß die Landes-Berg- und Hütten- und Salinen-Schule in Leoben absolut nicht für den angedeuteten Zweck genügt, schon aus dem einfachen Grunde, weil sie nur eine ganz beschränkte Anzahl von Zöglingen bei den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln überhaupt aufnehmen kann, und es kann gar nicht davon die Rede sein, daß in halbwegs entsprechender Zahl die nötigen Personen für den Salinenbetrieb im Salzkammergute, in Aulsee u. s. w. ihre Vorbildung an der Landes-Berg- und Hütten- und Salinen-Schule in Leoben gewinnen können, abgesehen davon, daß es sich ja vielfach um eine andere Art der Ausbildung handeln dürfte. Das Finanzministerium meint weiter, daß es die Errichtung einer Knabenbürgerschule in Aulsee begrüße, daß es aber zur Frage der allfälligen Leistung eines Kostenbeitrages erst dann Stellung nehmen könne, wenn das bezüglich Projekt greifbare Formen angenommen haben wird und die Kosten desselben festgestellt sein werden.

Es ist nun zunächst die weitere Feststellung dahin vorgenommen worden, daß die gesamten Mehrkosten einer dreiklassigen Knabenbürgerschule in Aulsee, einer Schule, die in die erste Ortsklasse käme, für den Landes-Schulfond jährlich 8.088 K betragen würden, beziehungsweise, weil dann die sechste Klasse der dortigen Knabenvollschule aufgelöst werden könnte, um 1.500 K rund weniger, so daß es in Summa um 6.500 K rund sich handeln würde. Es wird das dem Finanzministerium mitgeteilt werden und wir werden dann sehen, ob das Finanzministerium sich damit begnügen wird, die Errichtung einer Bürgerschule in Aulsee nur zu begrüßen, denn davon hätten wir nichts, oder ob sich das Finanzministerium bereit erklären wird, einen halbwegs entsprechenden Beitrag hierzu zu entrichten. Nach meinem Dafürhalten wäre es die Pflicht des Finanzministeriums; wir brauchen diese Bürgerschule hauptsächlich zu dem Zweck, damit für die weitere praktische Ausbildung im Salinenbetriebe schon in der Schule genügend vorgebildete Zöglinge gewonnen werden. Es geht also die Anschauung des Landes-Ausschusses dahin, daß zunächst weiter mit dem Finanzministerium in der angedeuteten Richtung zu unterhandeln und dieses zu befragen sei, ob es nicht geneigt sei, nunmehr einen gewissen Beitrag zur Errichtung einer Knabenbürgerschule zu leisten. Weiters aber gewinnen wir aus der Art und Weise der

Behandlung der Sache seitens der Regierung ein neues Argument für die Erweiterung der Berg- und Hütten- und Salinen-Schule in Leoben und hoffen, daß um so mehr das k. k. Ackerbauministerium bereit sein wird, jener Aufforderung zu willfahren, die wir an dieses Ministerium zu richten gesonnen sind, nämlich einen erhöhten Erhaltungsbeitrag für diese Schule dem Lande zu gewähren, damit die Landes-Berg- und Hütten- und Salinen-Schule in Leoben entsprechend ausgestattet und insbesondere für die Aufnahme einer größeren Anzahl von Zöglingen eingerichtet werden könnte. Ich bitte, in diesem Sinne den Bericht des Unterrichts-Ausschusses zur Kenntnis nehmen zu wollen.

**Landeshauptmann:** Nachdem sich niemand mehr zum Worte meldet, erkläre ich die Debatte für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter v. **Mayr-Melnhof:** Ich verzichte. (Der Antrag des Unterrichts-Ausschusses wird angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten über Petitionen, und zwar Verzeichnis Nr. 53: Petition Nr. 332 des Josef Grabin um Trennung der Katastralgemeinde Hüth von der Ortsgemeinde St. Nikolai ob Draßling, Petition Nr. 331, Ausscheidung der Grundbesitzer Johann Saal und Matthias Brauchart mit ihren Grundstücken aus der Gemeinde Schwanberg und Zuweisung zur Gemeinde Garanas.**

Berichterstatter über diese beiden Petitionen ist der Herr Abg. **Kathausky**.

Ferner:

**Petition Nr. 335 der Gemeinde Schwarzenbach um Unterstützung für die Zuweisung der Familie Johann Kraus.**

Da der Herr Berichterstatter Abg. **Zedlacher** im Hause nicht anwesend ist, wird der Obmann des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten **Freiherr Fraydt von Fraydenegg** das Referat erstatten.

Ich erteile nunmehr dem Herrn Abg. **Kathausky** als Berichterstatter das Wort zur Einleitung des Gegenstandes.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten **Kathausky** (von der Tribüne):

**Josef Grabin** hat die Bitte um Abtrennung der Katastralgemeinde Hüth von der Ortsgemeinde St. Nikolai ob Draßling und Errichtung einer selbständigen Ortsgemeinde gestellt.

Der Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten hat beschlossen,

„diese Petition dem Landes-Ausschusse zur Erhebung und eventuellen Berichterstattung in der nächsten Session des Landtages zuzuweisen.“

Ich stelle namens dieses Ausschusses die Bitte an den hohen Landtag, diese Zuweisung zu genehmigen.

(Der Antrag des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Wir gelangen zu

**Petition Nr. 331, Ausscheidung der Grundbesitzer Johann Sackl vulgo Butterjackl in Schönberg und Matthias Branchart vulgo Ebenbauer in Unterfresen mit ihren Grundstücken aus der Gemeinde Schwanberg und Zuweisung zur Gemeinde Garanas.**

Referent ist Herr Abg. Kathausky, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten **Kathausky** (von der Tribüne): Die Grundbesitzer Johann Sackl vulgo Butterjackl in Schönberg und Matthias Branchart vulgo Ebenbauer in Unterfresen haben die Bitte an den hohen Landtag gestellt, es mögen ihre Grundstücke aus der Gemeinde Schwanberg ausgegliedert und zur Gemeinde Garanas einverleibt werden.

Der Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten hat beschlossen,

„diese Petition dem Landes-Ausschusse zur Amtshandlung im eigenen Wirkungskreise und eventuellen Berichterstattung in der nächsten Session des Landtages zuzuweisen“.

Ich bitte deshalb den hohen Landtag, diese Zuweisung zu genehmigen.

(Der Antrag des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Wir gelangen zur

**Petition Nr. 335 der Gemeinde Schwarzenbach im Gerichtsbezirke Obdach um Bewilligung einer Unterstützung aus Anlaß der Zuweisung der Familie Johann Kraus als heimatlos.**

Herr Abg. Freiherr Frajdyt v. Frajdenegg hat als Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten **Freiherr Frajdyt v. Frajdenegg** (von der Tribüne): Nach einer langwierigen Heimats-

zuständigkeitsverhandlung wurde die Familie des Johann Kraus der Gemeinde Schwarzenbach im Gerichtsbezirke Obdach als heimatlos zugewiesen. Aus diesem Anlasse bittet nun die Gemeinde Schwarzenbach um die Bewilligung einer Unterstützung.

Der Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten stellt den Antrag:

„Diese Petition wird dem Landes-Ausschusse zur Würdigung und eventuellen Berücksichtigung abgetreten.“

(Der Antrag des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Somit wäre die heutige Tagesordnung erledigt. Hinsichtlich der Geschäftsbehandlung ist mir seitens des Obmannes des Finanzausschusses folgende Zuschrift zugekommen (liest):

„An das Landtags-Präsidium!

Der gefertigte Obmann des Finanzausschusses beehrt sich zur Kenntnis zu bringen, daß die mit den nachstehend angeführten Petitionen angeführten Beiträge bereits in dem vom hohen Landtage in der 22. und 23. Sitzung vom 21., beziehungsweise 22. März 1907 beschlossenen Voranschlag der steiermärkischen Landesfonde für das Jahr 1907 eingestellt sind, daher erledigt erscheinen und einer weiteren Behandlung durch den Landtag nicht bedürfen.

Es sind dies die Petitionen:

Nr. 5, Komitee der permanenten Lehrmittel-Ausstellung um Wiederbewilligung der bisherigen Subvention von 800 K pro 1907;

Nr. 10, Verein „Dijaška kuhinja“ in Marburg, um eine Unterstützung;

Nr. 22, Pettauer Musikverein, um Subvention für das Jahr 1907;

Nr. 23, Unterstützungsverein für dürftige und würdige Hörer der k. k. Hochschule für Bodenkultur in Wien, um eine Beihilfe zur Unterstützung dürftiger, an dieser Hochschule studierender Landesöhne;

Nr. 38, Stadtgemeinde Graz, um Fortbewilligung der jährlichen Subvention für die städtischen Bühnen von 25.000 K pro 1907;

Nr. 48, deutscher Studenten-Krankenverein in Graz, um Subvention pro 1907;

Nr. 59, Landesverband der Arbeitervereine Steiermarks, um Subventionierung seiner Unterrichtskurse;

Nr. 100, Verein zur Heranbildung von Dienstmädchen für Haushaltungen des Mittelstandes in Graz, um Subvention pro 1907;

Nr. 101, Unterstützungsfond der deutschen Universitätsstudenten in Graz, um eine Unterstützung für das Jahr 1907;

Nr. 135, Steiermärkischer Kunstverein in Graz, um Fortgewährung der im Vorjahre zugewendeten Subvention von 1.000 K;

Nr. 140, Freitisch-Institut der k. k. Universität in Graz, um Subvention von 1.000 K pro 1907; und

Nr. 147, Musikverein in Gillsi, um Subvention pro 1907."

Wenn keiner der Herren hinsichtlich dieser Petitionen nähere Auskünfte noch zu erhalten wünscht, glaube ich annehmen zu dürfen, daß der hohe Landtag genehmigt, daß der Finanz-Ausschuß über diese Petitionen weitere Berichte nicht erstattet und daß dieselben als durch den Voranschlag pro 1907 erledigt anzusehen sind. (Nach einer Pause.) Es meldet sich keiner der Herren zum Worte.

Der Landeskultur-Ausschuß strebt die mündliche Berichterstattung an

über den Antrag der Abgeordneten Dr. Grašovec, Roš und Genossen, Beilage Nr. 158, betreffend die Regulierung des Röttingbaches im Gerichtsbezirke Gillsi.

Der Landeskultur-Ausschuß stellt den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der steiermärkische Landes-Ausschuß wird beauftragt, alle noch erforderlichen Erhebungen in der Richtung zu pflegen, daß auch die weitere Teilstrecke des Röttingbachlaufes von Bischofsdorf bis zur Einmündung in die Boglajna in die projektierte Regulierung einbezogen und gleichzeitig ausgeführt werde; weiters beauftragt, mit dem k. k. Ackerbauministerium die Frage der Beitragsleistung zu den Kosten in dem Sinne zu lösen, daß dasselbe einen gleich hohen Beitrag gewähre, wie hinsichtlich der ersten Teilstrecke; endlich dem Landtage ehestens die nötigen Anträge zu stellen.

Hiedurch erscheint die Petition Nr. 316 der Grundbesitzer aus Unter- und Ober-Rötting der politischen Gemeinde Umgebung Gillsi und Genossen miterledigt. Berichterstatte ist Herr Abg. Dr. Jurtela.

(Die mündliche Berichterstattung wird genehmigt.)

Es sind mir Interpellationen und Anträge übergeben worden, die ich die Herren Schriftführer bitte, zur Verlesung zu bringen.

Schriftführer Sedlaczek (liest):

### „Interpellation

der Abgeordneten Bošnjak und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Statthalter, betreffend die Forstwirtschaft am Bachergebirge.

Die Forstwirtschaft am Bachergebirge muß in kürzester Zeit vollständig verfallen, wenn die politischen Behörden fortfahren die Kahlschlägerungen in diesem Umfange zu bewilligen, wie dies gegenwärtig der Fall ist.

Um diesbezüglich den Behörden einen Teil der Verantwortung zu benehmen, wären von den Gemeinden, in welchen eine Schlägerung eventuell Bezimderung des Holzes an Ort und Stelle vorgenommen werden soll, vorerst Gutachten abzuverlangen.

Zum Zwecke einer besseren Überwachung der Waldwirtschaft von seiten der staatlichen Behörden erscheint eine Vermehrung der Forstaufsichtszorgane dringend geboten.

Die für die Übertretung des Forstgesetzes bestehenden Strafen wären mit Rücksicht auf die stark verminderten Holzbestände sowie den immer höheren Holzwert entsprechend zu erhöhen. Die Errichtung selbständiger Forstämter unabhängig von politischen Behörden, ähnlich wie die Bergrevierämter, wäre zu empfehlen.

Die ergebenst Gefertigten erlauben sich daher die Anfrage:

1. Ist es Sr. Exzellenz dem Herrn Statthalter bekannt, wie dermalen in den Forsten des Bachergebirges gewüftet wird?

2. Ist derselbe geneigt, sich für die Realisierung vorstehender Anregungen zu interessieren und einzusetzen?

Graz, am 27. September 1907.

Bošnjak.

Dr. Jurtela.

Dr. Ploj.

Ročevan.

J. Roškard.

Dr. Fr. Janković.

**Landeshauptmann:** Diese Interpellation ist gehörig gezeichnet, und wird an Seine Exzellenz den Herrn Statthalter geleitet werden.

Schriftführer Kunz (liest);

„Antrag

der Abgeordneten Dr. Schacherl und Kessel betreffs Lohnerhöhung und sonstige Wünsche der landwirtschaftlichen Forstarbeiter.

## Hoher Landtag!

Da sich die bewilligte Lohnerhöhung von zehn Prozent, wie vorauszusehen war, als vollständig ungenügend erweist, um den enorm erhöhten Lebensmittelpreisen nur einigermaßen zu entsprechen, und da weiters die dem Landes-Ausschusse mit Landtagsbeschluß vom 22. März 1907 zur wohlwollenden Berücksichtigung zugewiesenen sonstigen Wünsche der Arbeiter bis zum heutigen Tage nicht im geringsten erfüllt wurden, auch eine Bericht-erstattung trotz unserer Interpellation nicht erfolgt ist, stellen wir den

## Antrag:

1. Den landschaftlichen Forstarbeitern und Vorarbeitern jeder Art wird eine zehnprozentige Lohn-erhöhung, nach den Löhnen des letzten Sommers berechnet, gewährt.

2. a) Die Kosten der Bahnfahrt zum und vom Arbeitsplatze werden den Arbeitern und Vorarbeitern ersetzt.

b) Denjenigen, die sich bereits Sonntag oder Feiertag an den Arbeitsort begeben müssen, um recht-zeitig an die Arbeit gehen zu können, werden je drei Überstunden wöchentlich bezahlt.

c) Jeder Arbeiter und Vorarbeiter hat Anspruch auf das übliche Maß von Deputatbrennholz.

d) Unentgeltlicher Transport von Erkrankten in das Krankenhaus wird bewilligt.

e) Der Lohn wird zumindest monatlich inner-halb der ersten Woche des nächstfolgenden Monats ausbezahlt.

f) Der Landes-Ausschuß wolle eine Revision der Statuten des Kranken- und Altersversorgungsfonds vornehmen und über die Unterstellung der Arbeiter unter die Arbeiter-Unfallversicherung Bericht erstatten.

g) Den Pensionierten wird nebst der Provision ein Wohnraum unentgeltlich gewährt. Wo dies nicht möglich ist, erhalten sie einen Wohnungsbeitrag von 30 K jährlich.

h) Arbeitern, die keine landschaftliche Wohnung zu ermäßigtem Grundzins haben, wird ein Woh-nungsbeitrag von 50 K jährlich bewilligt.

3. Der Landes-Ausschuß wird aufgefordert, die allen sanitären Ansprüchen hohausprechenden Schutz-hütten und Wohnungen einer Revision zu unter-ziehen und den Forstarbeitern menschenwürdige Wohn-stätten zur Verfügung zu stellen.

Graz, am 27. September 1907.

Hans Kessel. Dr. Michael Schacherl.

## „Antrag

der Abgeordneten Ročevár, Dr. Ploj und Genossen, betreffend Drau-Uferschutzbauten in den Gemeinden Obrisch und Grabendorf.

## Hoher Landtag!

Nachdem trotz der von den Gemeinden Obrisch, Grabendorf und Polstrau eingebrachten Petitionen an den Uferbrüchen der Drau in Obrisch und Grabendorf gar nichts geschehen und nachdem schon hunderte von Jochen der für die dortige Landwirtschaft so wich-tigen Weide, so auch Felder und Waldungen dem Fluße zum Opfer fielen und voraussichtlich noch fallen werden, erscheint die tunlichst eilige Hin-tanhaltung dieser Uferbrüche dringend notwendig, widrigens viele Landwirte in den Gemeinden Obrisch, Grabendorf und Polstrau in ihrer Existenz bedroht sind.

Infolgedessen stellen wir den

## Antrag:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, unver-züglich an die hohe k. k. Regierung mit dem Ersuchen heranzutreten, daß sie im Einvernehmen mit dem Landes-Ausschusse in den Gemeinden Obrisch und Grabendorf im Bezirke Friedau den Wasserlauf und die Ufer der Drau prüfe und sodann zum Schutze des Ufers an den meist gefährdeten Stellen die not-wendigen Uferschutzbauten sofort in Angriff nehme.“

Graz, am 27. September 1907.

## Ročevár.

Dr. Furtela.

Bošnjač.

Roškar.

Dr. Ploj.“

**Landeshauptmann:** Diese Anträge werden in Druck gelegt und sodann der weiteren geschäftsordnungs-mäßigen Behandlung unterzogen werden.

Die nächste Sitzung bestimme ich für Montag den 30. September 1907 um 5 Uhr nachmittags und als

## Tagesordnung

beantrage ich:

1. Begründung des Antrages der Abgeordneten Sedlaczek, Mayr von Melnhof und Genossen betreffs Wildbachverbauung im Gebiete des Vorder-nberger Baches einschließlich der Anlage eines Entlastungs-kanales im Markte Trofaiach, Bezirk Leoben. (Beilage Nr. 267.)

2. Begründung des Antrages der Abgeordneten Berger und Genossen, betreffend die Regulierung des Raabflusses in den Bezirken Weiz und Gleisdorf, insbesondere in der Gemeinde Wolsdorf im Bezirke Gleisdorf. (Beilage Nr. 272.)

3. Begründung des Antrages der Abgeordneten Freiherr von Rokitsky und Genossen, betreffend die Ausgestaltung der Findelanstalt. (Beilage Nr. 273.)

4. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gehaltsregulierung des Dr. Adalbert Buchberger, Primararztes der Landes-Irrensiechenanstalt Schwanberg, sowie des Wilhelm Michel, Direktors, und des Josef Greiner, Tierarztes und Lehrers der Landes-Hufbeschlags-Lehr- und Tierheilanstalt in Graz. (Beilage Nr. 280.)

5. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über eine Abänderung des für die Verwendung des 14 Millionen Kronen-Anlehens der Stadt Graz aufgestellten Bauprogrammes. (Beilage Nr. 281.)

6. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Umänderung und Vergrößerung der Anstaltsküche im Hauptgebäude der Landes-Irrenanstalt Feldhof. (Beilage Nr. 285.)

7. Bericht des Landeskultur-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 232, mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend

die Verbauung des Lorenzbaches bei Trieben. (Beilage Nr. 283.)

Berichterstatter Abg. Größwang.

8. Bericht des Landeskultur-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 233, mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Verbauung des Einachbaches im Bezirke Murau. (Beilage Nr. 284.)

Berichterstatter Abg. Zedlacher.

Ist hinsichtlich des von mir in Vorschlag gebrachten Sitzungstages, des Beginnes der Sitzung und der vorgeschlagenen Tagesordnung etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es meldet sich keiner der Herren zum Worte, es bleibt sonach dabei.

Ich habe noch bekanntzugeben, daß der Finanz-Ausschuß heute unmittelbar nach der Hausitzung eine Sitzung abhält. Auf der Tagesordnung derselben steht:

„Auslagen für Landeskultur, Fortsetzung.“

Der Eisenbahn-Ausschuß hält heute nach der Hausitzung im Gemeinde-Ausschußlokale eine Sitzung ab behufs Zuweisung.

Ist sonst noch etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist das nicht der Fall.

Ich erkläre nunmehr die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung 11 Uhr 40 Minuten vormittags.)